

POLICY BRIEF

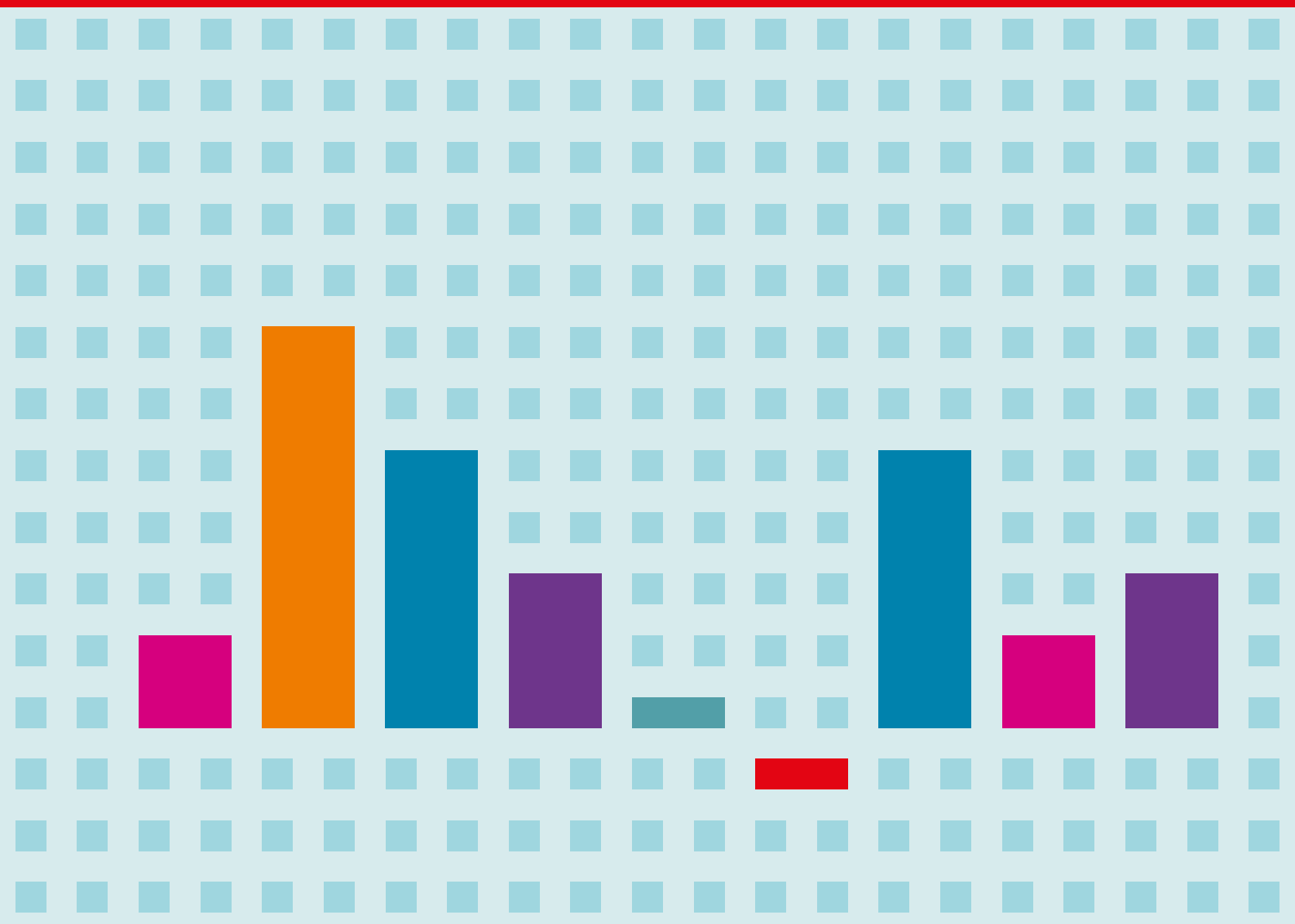
IMK Policy Brief Nr. 187 · Februar 2025

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation zu Jahresbeginn 2025 trotz staatlich bedingter Preiserhöhungen bei 2,3 %

Silke Tober



IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation zu Jahresbeginn 2025 trotz staatlich bedingter Preiserhöhungen bei 2,3 %

Silke Tober¹

Zusammenfassung

Die Inflationsrate in Deutschland verringerte sich im Januar 2025 wie erwartet auf 2,3 %, nachdem sie im Dezember 2024 bei 2,6 % gelegen hatte. Dabei schwächte sich der Anstieg der Preise von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren deutlich ab (1,9 % nach 2,8 % im Dezember 2024). Auch die Kernrate verringerte sich, und zwar um 0,3 Prozentpunkte auf 2,8 %, während die Preise für Energie mit -1,6 % ebenso stark zurückgingen wie im Dezember 2024. Der Rückgang der Inflationsrate erfolgte, obwohl zu Jahresbeginn zahlreiche staatliche Maßnahmen preistreibend wirkten und die Preise für Versicherungsdienstleistungen stark zulegten.

Demgegenüber verharrte der Anstieg des für die Europäische Zentralbank besonders relevanten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Januar 2025 bei 2,8 %. Entscheidend war, dass sich der Inflationsbeitrag von Pauschalreisen auf 0,4 Prozentpunkte verdoppelte. Zudem wirkten sich die staatlichen Einflüsse wie der Preisanstieg beim Deutschlandticket um 18 % und bei den sozialen Dienstleistungen infolge einer höheren Gewichtung stärker aus. Entsprechend erhöhte sich die Teuerung bei Dienstleistungen merklich – von 4,6 % auf 5,1 % –, während sie im nationalen Verbraucherpreisindex etwas nachließ. Die Energiepreise im HVPI gingen zudem weniger stark zurück als im Dezember (-1,3 % nach -1,5 %). Damit liegt die deutsche HVPI-Rate erneut deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt und zieht die geldpolitisch wichtige Inflationsrate im Euroraum nach oben.

Die Inflationsraten der neun hier betrachteten Haushaltstypen in verschiedenen Einkommensklassen lagen im Januar 2025 zwischen 1,7 % und 2,4 %.

Im Jahresverlauf dürfte sich die Inflationsrate weiter normalisieren und sowohl in Deutschland als auch im Euroraum bei 2 % einpendeln. Zugleich stagniert die Wirtschaft im Euroraum und in Deutschland. Daher sind eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch öffentliche Investitionen und ein Ende der geldpolitischen Restriktion dringend erforderlich. Besonders in der Verantwortung steht die Bundesregierung: Sie muss die Investitionen ankurbeln und die Energiepreise senken. Da die Leitzinsen trotz der fünf Zinssenkungen seit Juni 2024 noch auf einem Niveau sind, das die Wirtschaft dämpft, sollte die EZB die geldpolitischen Zügel zügig weiter lockern.

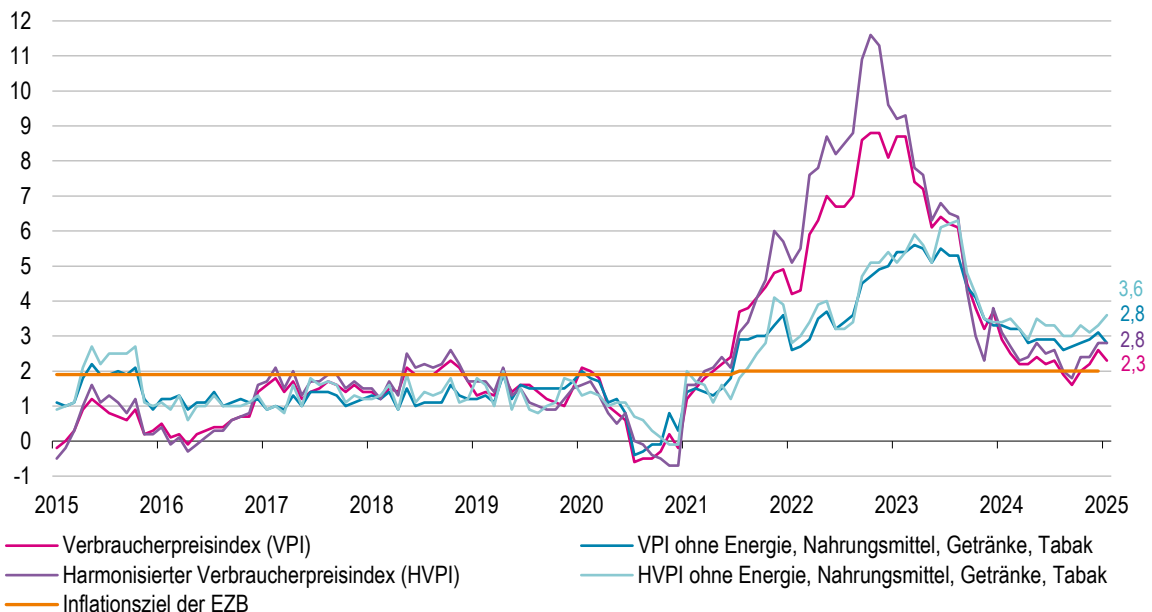
¹ Dr. Silke Tober, Referatsleitung Geldpolitik, Silke-Tober@boeckler.de

Anstieg der Nahrungsmittelpreise merklich geringer

Die Inflationsrate in Deutschland war im Januar 2025 mit 2,3 % wie erwartet niedriger als im Vormonat (2,6 %). Besonders stark schwächte sich der Anstieg der Preise von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ab (1,9 % nach 2,8 % im Dezember 2024). Auch die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak verringerte sich nennenswert von 3,1 % auf 2,8 % (Abbildung 1),² wobei die Teuerung bei Dienstleistungen leicht auf 4,0 % abnahm und die Teuerung der Waren in der Kernrate um 0,3 Prozentpunkte auf 1,0 %. Die Preise für Energie gingen mit -1,6 % ebenso stark zurück wie im Dezember 2024.

Die Teuerungsrate von Nahrungsmitteln im engen Sinne schwächte sich im Januar auf 0,8 % ab (Dezember 2024: 2,0 %). Abgeschwächt haben sich auch die Teuerungsraten von alkoholfreien Getränken (5,8 % nach 7,3 %), Alkohol (1,4 % nach 2,6 %) und Tabakwaren (5,8 % nach 6,9 %).

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland Januar 2015 – Januar 2025
Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat, in %



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Von den 132 Nahrungsmitteln, die im Verbraucherpreisindex enthalten sind,³ waren 56 im Januar 2025 preiswerter als ein Jahr zuvor, besonders deutlich Zucker (-25,7 %), Zwiebeln, Knoblauch und Ähnliches (-14,0 %), Kartoffeln (-12,6), Tomatenketchup (-9,3 %), Tomaten (-9,2 %) und Möhren (-9,0 %). Lediglich zwei Nahrungsmittel hatten eine zweistellige Preis-

² Die vom Statistischen Bundesamt (Destatis) veröffentlichte Kernrate verringerte sich auf 2,9 % von 3,3 % im Dezember 2024. Das Statistische Bundesamt lässt dabei neben Energie nur Nahrungsmittel im engen Sinne unberücksichtigt, während hier in Einklang mit Eurostat Nahrungsmittel im weiten Sinne und damit einschließlich von Getränken und Tabakwaren herausgerechnet werden.

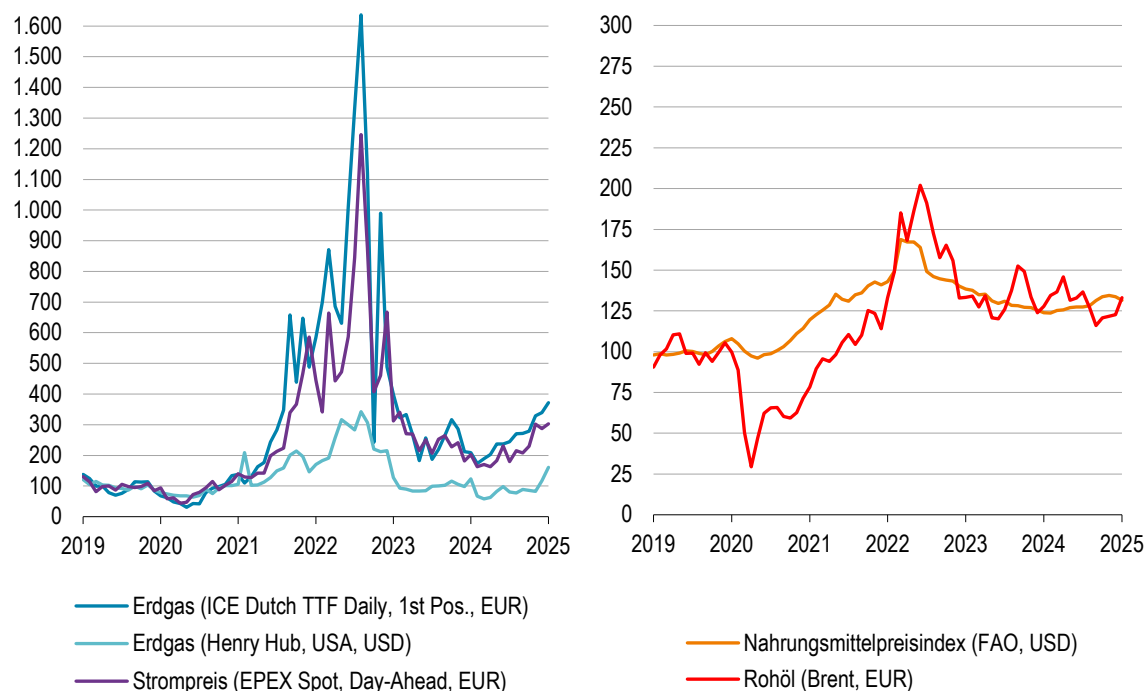
³ Infolge der turnusgemäßen Änderungen im Erhebungskatalog in Vorbereitung auf das neue Basisjahr 2025 enthalten die 10-Steller der Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums seit Dezember 2024 nur noch 132 Nahrungsmittel und damit 36 weniger als zuvor.

steigerungsrate, und zwar Butter (32,6 %) und Schmalz (10,0 %). Auf dem Höhepunkt im Februar 2023 hatten 146 von 168 Nahrungsmitteln Teuerungsraten von 10 % oder mehr.

In der längeren Betrachtung von fünf Jahren – also seit vor der Pandemie und den darauffolgenden Krisen – haben sich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 34,6 % verteuert, wobei Quark (86,5 %), Olivenöl (76,4 %), Kekse (74,6 %) und Butter (61,0 %) zu den Spitzenreitern gehören. Ein Grund für den Anstieg der Nahrungsmittelpreise sind die globalen Agrarrohstoffpreise, die im Monat nach der russischen Invasion der Ukraine ihren Höhepunkt erreichten und im Januar 2025 noch 22,8 % höher waren als fünf Jahre zuvor (Abbildung 2). Auch die stark gestiegenen Energiepreise, die aufholende Lohnentwicklung nach den hohen Inflationsraten der Jahre 2022 und 2023 und das Klima spielten eine bedeutende Rolle.

Wären die Preise um durchschnittlich 2 % im Jahr gestiegen – was dem Inflationsziel der EZB entspricht –, hätten sie sich innerhalb von fünf Jahren um insgesamt 10,4 % erhöht. Lediglich Birnen (10,1 %), Süßstoff (10,7 %) und Bananen (12,0 %) hatten Preissteigerungen in dieser Größenordnung, geringere Anstiege verzeichneten nur tiefgefrorene Meeresfrüchte (4,6 %) sowie vegetarische oder vegane Getreide- und Gemüseprodukte (6,8 % bzw. 9,6 %).

Abbildung 2: Internationale Energie- und Agrarrohstoffpreise
Index 2019=100, Januar 2019 – Januar 2025



Quellen: EZB; FAO; Macrobond; U.S. Energy Information Administration;
Berechnungen des IMK.



Kraftstoffpreise dämpfen Inflation etwas weniger stark

Die Energiepreise waren im Januar 2025 mit -1,6 % ebenso stark rückläufig wie im Dezember 2024 und verringerten die Inflationsrate um 0,1 Prozentpunkte. Unter den drei großen Energieträgern für Haushaltsenergie verringerte sich der Preis für Erdgas mit -4,1 % am stärksten

(Dezember 2024: -1,3 %), gefolgt von Strom mit -3,6 % (Dezember 2024: -2,9 %) und Heizöl mit -3,3 % (Dezember 2024: -8,2 %).⁴ Fernwärme verteuerte sich um 9,8 %, nach 30,7 % im Dezember 2024. Insgesamt war Haushaltsenergie im Januar 2025 2,5 % günstiger als ein Jahr zuvor. Demgegenüber verbilligten sich Kraftstoffe mit -0,1 % kaum noch (Dezember 2024: -3,3 %). Dass die Kraftstoffpreise überhaupt geringer waren, obwohl der Rohölpreis gegenüber Januar 2024 gestiegen ist, der Euro zum US-Dollar abgewertet hat und der höhere CO₂-Preis einen Aufschlag von rund 3 Cent je Liter bedeutet, ist insbesondere auf den Dieselpreis zurückzuführen, der um 0,9 % geringer ausfiel. Aber auch der Preis für Superbenzin erhöhte sich nur um 0,1 %. Beides deutet auf eine Entspannung von Engpässen in Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg hin.

Verglichen mit Januar 2020 lagen die Energiepreise insgesamt im Januar 2025 um 37,1 % höher, darunter Haushaltsenergie um 45,1 % und Kraftstoffe um 26,7 %. Am höchsten war der Preisanstieg in dem Fünfjahreszeitraum bei Kohlebriketts (96,1 %), gefolgt von Erdgas (84,6 %), Fernwärme (73,9 %), Flüssiggas (68,1 %), Brennholz und Holzpellets (36,3 %), Heizöl (33,1 %) und Strom (25,3 %).

Rückgang der Kernrate durch staatliche Einflüsse gebremst

Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Getränke und Tabak ist zwar merklich auf 2,8 % gesunken, verharrt aber insbesondere wegen staatlicher Einflüsse auf hohem Niveau. Während sich die Waren in der Kernrate (alle Waren ohne Energie, Nahrungsmittel, Getränke und Tabak) um 1,0 % verteuerten (Dezember 2024: 1,3 %), legten die Dienstleistungspreise noch um 4,0 % zu, nach 4,1 % im Vormonat.

Bei den Dienstleistungspreisen, die einen Anteil von 65,2 % an der Kernrate haben, zeigt sich weiterhin eine breitangelegte Abschwächung von hohem Niveau aus, allerdings verzeichnen einige Dienstleistungen weiterhin verstärkte Preisanstiege.

Stärker als im Dezember 2024 war der Preisanstieg bei Flügen (16,2 % nach 9,3 %), bei der kombinierten Personenbeförderung (11,6 % nach 3,4 %), bei Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (10,1 % nach 7,6 %), bei stationären Gesundheitsdienstleistungen (8,0 % nach 6,1 %), bei den Brief- und Paketdienstleistungen (7,7 % nach 1,3 %), bei der Wasserversorgung (6,0 % nach 5,4 %) und bei Pauschalreisen (6,8 % nach 6,7 %).

Am stärksten, aber weniger stark als im Dezember 2024 stiegen mit 19,3 % die Prämien für Versicherungsdienstleistungen im Verkehr, darunter Kfz-Versicherungsprämien mit 20,8 % (Dezember 2024: 37,7 %).

Abgeschwächt hat sich die Teuerung beispielsweise auch bei Dienstleistungen für die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung (4,6 % nach 4,8 %), bei Gaststätten (4,7 % nach 6,6 %), bei Übernachtungen (3,3 % nach 3,4 %), Friseurleistungen und anderen Dienstleistungen für die Körperpflege (2,8 % nach 3,0 %) und im Bildungswesen (4,7 % nach 5,0 %).

Im Vergleich zu Januar 2020 verteuerten sich Dienstleistungen um 16,7 % und Waren ohne Energie, Nahrungsmittel, Getränke und Tabak um 15,8 %, und damit deutlich weniger stark als

⁴ Einschließlich der Betriebskosten von Zentralheizungen. Betrachtet man nur die Haushalte mit eigenem Gasanschluss bzw. eigener Ölheizung wie in den Pressemitteilungen von Destatis, betrug die Teuerungsrate im Januar 2025 0,5 % bei Erdgas und -1,2 % bei Heizöl.

Energie und Nahrungsmittel im weiten Sinne. Dabei sanken beispielsweise die Preise für Bahntickets um 8,3 % und für Monatskarten im Verbundverkehr um 27,9 %, allerdings verteuerten sich Einzel- oder Tageskarten im Verbundverkehr um 25,7 %.

Die Preise für Telefone sowie andere Geräte für die Kommunikation verringerten sich seit Januar 2020 um 8,8 %, die Preise für Personal-Computer sogar um 10,8 %.

Rund ums Auto wurde es deutlich teurer: Die Preise für Pkw stiegen seit Januar 2020 um 27,7 %, darunter Gebrauchtwagenpreise um 42,3 %, die Preise für Ersatzteile und Zubehör um 20,8 %, für Wartung und Reparatur um 32,8 % und für die Kfz-Versicherung um 55,6 %.⁵

Haushaltsspezifische Teuerung ähnlich wie im Dezember 2024

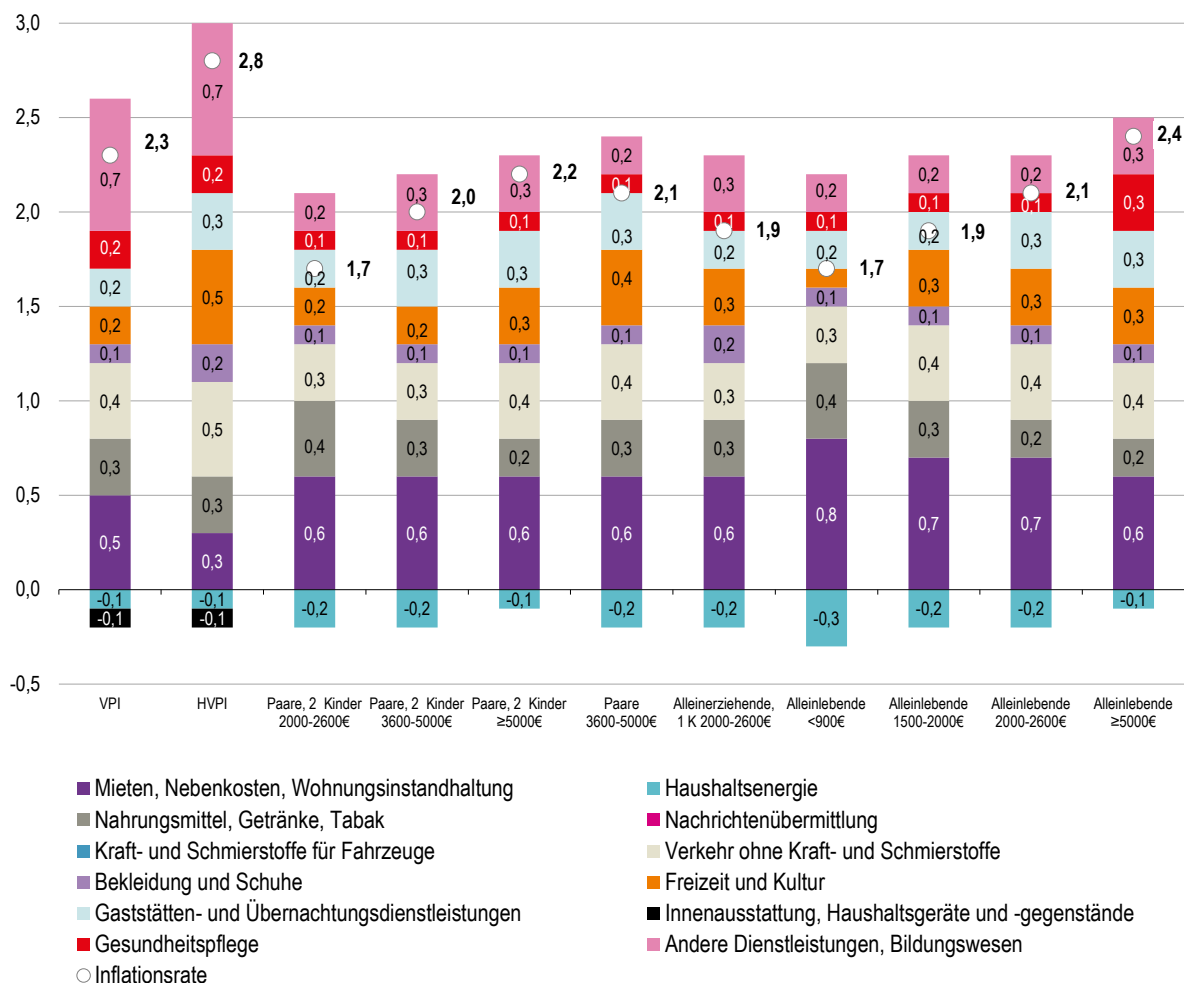
Die Inflationsraten der neun im IMK Inflationsmonitor monatlich betrachteten Durchschnittshaushalte (siehe Anhang) lagen im Januar 2025 zwischen 1,7 % und 2,4 %. Abbildung 3 zeigt die auf der Grundlage von 30 Ausgabenpositionen berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten und die Beiträge der 12 zusammengefassten Ausgabenpositionen zu der jeweiligen Inflationsrate sowie zum Anstieg des nationalen und des harmonisierten Verbraucherpreisindex.⁶

Die Teuerungsrate von Familien und Alleinlebenden im unteren Einkommenssegment lag mit 1,7 % am niedrigsten, da diese Haushalte weniger stark von den deutlich anziehenden Preisen im Gastgewerbe, bei sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Altenpflege, bei Versicherungen und bei Pauschalreisen betroffen sind. Ebenfalls am unteren Rand war die Teuerungsrate von Alleinlebenden mittleren Einkommens und von Alleinerziehenden mit Kind (1,9 %), bei denen die Preissteigerungen in den Bereichen Freizeit und Kultur und Andere Dienstleistungen (insbesondere soziale Dienstleistungen, Versicherungen) etwas stärker zu Buche schlugen. Am oberen Rand befanden sich einkommensstarke Familien (2,2 %) und Alleinlebende (2,4 %), bei denen sich Gaststättenbesuche und Übernachtungen stärker auswirkten und die sich verbilligende Haushaltsenergie weniger stark. Einkommensstarke Alleinlebende hatten zudem mit 0,3 Prozentpunkten den höchsten Inflationsbeitrag der Gesundheitsausgaben.

⁵ Der kräftige Anstieg der Versicherungspreise für private Fahrzeuge um mehr als 50 % seit Januar 2020 ist schwer mit den oben genannten Preissteigerungen bei Pkw, bei Ersatzteilen sowie bei der Wartung und Reparatur von Fahrzeugen in Einklang zu bringen, selbst unter Berücksichtigung erhöhter Reparaturkosten im Schadensfall infolge technologischer Neuerungen, der gestiegenen Entlohnung im Versicherungsgewerbe und höherer medizinischer Kosten. Das wirft die Frage auf, ob die Versicherungsunternehmen übermäßig auf eine Aufforderung der Finanzaufsicht BaFin Ende 2023 reagiert haben, die Prämien zu erhöhen (BaFin 2023). Die Aufforderung an einen Sektor, die Preise zu erhöhen, statt beispielsweise Kostensenkungen auch bei den Rückversicherern anzumahnen, erscheint zudem aus wettbewerbspolitischer Sicht problematisch.

⁶ Die 30 Ausgabenpositionen sind in Tabelle 2 des Anhangs wiedergegeben. Die 12 Untergruppen weichen von den 12 Abteilungen des Verbraucherpreisindex ab, um die besonders einflussreichen Gütergruppen gezielt auszuweisen. Entsprechend wurde die Haushaltsenergie aus der Abteilung 4 (Wohnen) herausgelöst und die Kraft- und Schmierstoffe aus der Abteilung 7 (Verkehr). Mit dem Ziel der Übersichtlichkeit wurden dann Abteilungen 1 und 2 in die Untergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zusammengefasst und das Bildungswesen (Abteilung 10) mit einem geringen Gewicht von durchschnittlich 0,9 % am Warenkorb der Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) zugeschlagen.

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im Januar 2025
in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Mit 0,7 Prozentpunkten war die Spanne der haushaltsspezifischen Inflationsraten ebenso hoch wie im Dezember 2024. Einkommensschwache Familien liegen seit dreizehn Monaten am bzw. sehr nah am unteren Rand, nachdem sie über weite Teile der Jahre 2022 und 2023 stets die höchste Teuerungsrate aufwiesen. Im Oktober 2022 hatte die Differenz zwischen den Teuerungs-raten mit 3,1 Prozentpunkten ihren Höhepunkt erreicht, wobei die einkommensschwachen Haus-halte mit 11,0 % (Familien) bzw. 10,5 % (Alleinlebende) die höchste Teuerung zu verkraften hat-ten. Einkommensstarke Alleinlebende hatten damals mit 7,9 % die mit Abstand niedrigste Inflati-onsrate.

Tabelle 2: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im Januar 2025

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,4	0,3	0,4	0,2
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,6	0,6	0,8	0,6
Haushaltsenergie	-0,2	-0,2	-0,3	-0,1
Kraft- und Schmierstoffe	0,0	0,0	0,0	0,0
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,3	0,3	0,3	0,4
Freizeit und Kultur	0,2	0,2	0,1	0,3
Gastgewerbe	0,2	0,3	0,2	0,3
Übrige Konsumausgaben	0,3	0,5	0,3	0,7
Inflationsrate in %	1,7	2,0	1,7	2,4

Die Inflationsbeiträge summieren sich gegebenenfalls rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate oder zu den Summen im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.



HVPI-Inflation unverändert bei 2,8 %

Die für die Geldpolitik wichtige HVPI-Inflation lag im Januar 2025 unverändert bei 2,8 %. Zwar wirkte auch hier die abgeschwächte Teuerung bei Nahrungsmitteln dämpfend, aber die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Getränke und Tabak erhöhte sich um 0,3 Prozentpunkte auf 3,6 %. Ausschlaggebend war, dass die Dienstleistungspreise nicht wie im nationalen Verbraucherpreisindex weniger stark zulegten, sondern mit 5,1 % um 0,5 Prozentpunkte stärker.

Entscheidend für diese gegenläufige Entwicklung sind die Pauschalreisen, und zwar aus drei Gründen: Erstens sind sie im HVPI höher gewichtet als im VPI. Zweitens sind sie anders als im VPI im Januar 2024 mit 7,8 % deutlich stärker gestiegen als im Dezember 2024 (7,1 %). Drittens wirkt sich der starke monatliche Rückgang der Preise gegenüber Dezember weniger aus, da das Gewicht der Pauschalreisen für das Jahr 2025 merklich geringer ausfällt als im Jahr 2024. Entsprechend betrug der Inflationsbeitrag der Pauschalreisen im Januar 2025 0,4 Prozentpunkte nach 0,2 Prozentpunkten im Dezember 2024, während der VPI-Inflationsbeitrag unverändert bei 0,1 Prozentpunkten lag.

Aber auch die Erhöhung des Deutschlandtickets um 18 % im Januar 2025 wirkt sich im HVPI stärker aus als im VPI, da im HVPI Bahntickets und Tickets im Verbundverkehr höher gewichtet sind. Ähnliches gilt für die Dienstleistungen sozialer Einrichtungen, deren Gewicht im Jahr 2025 zudem gestiegen ist, so dass sich der starke monatliche Preisanstieg zu Jahresbeginn stärker niederschlägt.

Darüber hinaus wirken die Erhöhungen der Netzentgelte und des CO₂-Preises infolge einer höheren Gewichtung von Haushaltsenergie und Kraftstoffen stärker als im VPI. Da die

entsprechenden HVPI-Gewichte in diesem Jahr etwas geringer sind als im Jahr 2024, fällt dieser Unterschied zum VPI im Januar 2025 gering aus und kommt erst im Laufe des Jahres verstärkt zum Tragen, wenn die höher gewichteten Preisrückgänge des vergangenen Jahres aus der Inflationsberechnung fallen.

Staatlich bewirkte Preissteigerungen vermeiden oder kompensieren

Im Januar 2025 lagen die Verbraucherpreise um 20,5 % höher als fünf Jahre zuvor, gemessen am HVPI sogar um 23,6 %. Damit erhöhten sich die Verbraucherpreise in Deutschland etwa doppelt so stark, als wären sie in Einklang mit dem Inflationsziel der EZB gestiegen (10,4 %). Während für die Ausrichtung der Geldpolitik die Inflation die entscheidende Größe ist, spielt für das Konsumentenvertrauen und die Zufriedenheit der Bevölkerung auch das Preisniveau eine Rolle, und zwar selbst wenn die Einkommen ähnlich stark gestiegen sind wie die Preise. Da ein deutlicher Rückgang des Preisniveaus weder zu erwarten ist noch wünschenswert wäre, sollte die Politik zumindest vermeiden, selbst zum Preistreiber zu werden.

Zu Jahresbeginn erhöhte die Bundesregierung allerdings den Preis für das Deutschlandticket um 18 % und den CO₂-Preis für Kraftstoffe, Erdgas und Heizöl um 10 Euro je ausgestoßener Tonne. Auch die Netzentgelte für Strom und die erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten für die Gasnetze sowie die diesjährige Anhebung der Tabaksteuer und der Luftverkehrsabgabe erhöhen die Preise und damit die Inflationsrate. Darüber hinaus gehörten zuletzt die staatlich beeinflussten Preise für soziale Dienstleistungen, insbesondere der Altenpflege, zu den Spitzenreitern bei der Teuerung. Der Ausbau und Umbau der Energienetze ist Bestandteil der Transformation, der von der Allgemeinheit und nicht von einzelnen Verbrauchergruppen zu schultern ist. Eine Lenkungssteuer wie der CO₂-Preis sollte an anderer Stelle von Preissenkungen begleitet sein, um in der aktuell noch angespannten Lage der Desinflation keine staatlich induzierten Erhöhungen des Preisniveaus zu bewirken und die Verteilungswirkung zu Lasten einkommensschwacher Haushalte zu kompensieren. Hier bietet sich eine Verringerung des Strompreises an.

Die neue Bundesregierung sollte auch im Blick haben, dass die aktuellen staatlich bewirkten Preiserhöhungen noch stärker auf den geldpolitisch wichtigen HVPI wirken als auf den nationalen VPI. Im Januar 2025 lag die HVPI-Inflationsrate mit 2,8 % nicht nur deutlich über der VPI-Inflationsrate, sondern auch über der Euroraum-Inflation (2,5 %). Da Deutschland ein Gewicht von nahezu 30 % an der Euroraum-Inflation hat, zieht die deutsche Inflationsentwicklung den Euroraum-Durchschnitt aktuell nach oben und verzögert das Erreichen des Inflationsziels.

Angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum und der Stagnation in Deutschland waren die bereits erfolgten Zinssenkungen der EZB Schritte in die richtige Richtung; aktuell sind die Leitzinsen aber noch auf einem Niveau, das die Wirtschaft dämpft. Statt einer Nachfragedrosselung benötigt die Wirtschaft im Euroraum – und insbesondere in Deutschland – einen positiven Nachfrageschub, der ein günstiges Umfeld für Investitionen schafft. Erforderlich sind daher höhere Investitionen in die Infrastruktur und weitere Zinssenkungen. Nur durch Investitionen und Innovationen können die Herausforderungen der kommenden Jahre bewältigt und die Realeinkommen der Bevölkerung gesteigert werden.

Anhang

Im monatlichen IMK Inflationsmonitor wird seit Anfang 2022 anhand von haushaltsspezifischen Inflationsraten untersucht, wie sich die hohen Preisschocks seit Mitte 2021 auf unterschiedliche Haushaltsgruppen auswirken (Dullien und Tober 2024a-i; Dullien und Tober 2023a-i; Tober 2023). Wie die Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten als Veränderung der gewichteten Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat berechnet. Während allerdings die haushaltsspezifischen Inflationsraten weiterhin auf den Ausgabenanteilen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe basieren, berechnet das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex seit 2023 (mit Rückrechnung bis 2020) auf Grundlage von Gewichten, die primär aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden (Statistisches Bundesamt 2023, Dullien und Tober 2023b).

Tabelle A1: Ausgewählte Haushaltstypen mit unterschiedlichem Nettoeinkommen

Nr.	Haushaltstyp	Nettoeinkommen 2018 (Euro)
1	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2.000–2.600
2	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.600–5.000*
3	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	≥ 5.000
4	Paare	3.600–5.000*
5	Alleinerziehende mit 1 Kind	2.000–2.600*
6	Alleinlebende	500 < 900
7	Alleinlebende	1.500–2.000*
8	Alleinlebende	2.000–2.600
9	Alleinlebende	≥ 5.000

* Einkommensklasse des Medianhaushalts des Haushaltstyps.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.



Drei der betrachteten Haushaltsgruppen bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren, in einem Haushalt lebt eine alleinerziehende Person mittleren Einkommens mit einem Kind, vier sind Ein-Personen-Haushalte und ein Haushalt ist ein Paar-Haushalt ohne Kinder mit mittlerem Einkommen (Tabelle A1). Der Medianhaushalt unter den Paaren mit zwei Kindern fiel im Jahr 2018 in die Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600-5.000 Euro. Unter den Alleinlebenden hatte der Medianhaushalt ein Nettoeinkommen von 1.500-2.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2020a).⁷ Diese beiden mittleren Haushalte werden durch die Haushaltsgruppe 2 bzw. die Haushaltsgruppe 7 abgebildet. Haushaltsgruppe 9 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 Euro) bildet den oberen Rand der Einkommensverteilung ab, während der untere Rand durch

⁷ Berechnet auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2020a, S. 115 und S. 138). Das jeweilige Durchschnittseinkommen liegt mit 5.604 Euro bzw. 2.142 Euro höher (Statistisches Bundesamt 2020b, S. 100 und S. 124).

Haushaltsgruppe 6 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 900 Euro) und Haushaltsgruppe 1 (Paar, 2 Kinder, Nettohaushaltseinkommen von 2.000-2.600 Euro) abgedeckt ist.

Die haushaltsspezifischen Inflationsraten werden exemplarisch für repräsentative Haushaltstypen mittleren Einkommens berechnet sowie für jene am unteren und oberen Rand. Dabei handelt es sich jeweils um Durchschnittshaushalte, also weder Haushalte mit Ölheizung, Gasheizung, Kohleofen oder Wärmepumpe noch Haushalte, die die Mobilität primär mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehr, dem Kleinwagen oder dem SUV bestreiten oder Haushalte, die überwiegend tierische Nahrungsmittel essen, Vegetarier sind oder vegan leben. Stattdessen fließen in die Teuerungsrate der durchschnittliche Verbrauch von Öl, Gas, Kohle und Strom ein ebenso wie die durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Haushaltsgruppe für verschiedene Nahrungs- und Verkehrsmittel.

Tabelle A2: Haushaltsspezifische Ausgabengewichte: Datengrundlage und Systematisierung

12 Gütergruppen	Klassifikation Verbraucherpreisindex	Ausgabenposition EVS
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	CC13-01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
	CC13-02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren
Bekleidung und Schuhe	CC13-03	Bekleidung und Schuhe
Wohnen ohne Haushaltsenergie	CC13-72 (041, 042, 044)	Wohnungsmieten (tatsächlich und unterstellt) und Ähnliches
	CC13-043	Wohnungsinstandhaltung
Haushaltsenergie	CC13-045	Haushaltsenergie
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	CC13-05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
Gesundheitspflege	CC13-06	Gesundheit
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	CC13-071	Kauf von Fahrzeugen
	CC13-0721	Ersatzteile und Zubehör für Fahrzeuge
	CC13-0723	Wartung und Reparatur von Fahrzeugen
	CC13-0724	Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge
	CC13-073	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	CC13-0722	Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge
Post- und Telekomdienstleistungen	CC13-08	Post- und Telekomdienstleistungen
Freizeit und Kultur	CC13-091	Audio-, Foto-, IT-Geräte und Zubehör
	CC13-092	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping
	CC13-093	Andere Güter für Freizeit und Garten, Haustiere
	CC13-094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen + Reparaturen
	CC13-095	Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren
	CC13-096	Pauschalreisen
Gaststätten- und Übernachtungsdienstleistungen	CC13-111	Gaststätdienstleistungen
	CC13-112	Übernachtungen
Andere Dienstleistungen, Bildungswesen	CC13-121	Körperpflege: Dienstleistungen, Geräte, Artikel
	CC13-123	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände
	CC13-124-127	Sonstige Dienstleistungen
	CC13-10	Bildung

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Verbraucherpreisindex, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum (COICOP 2-/3-/4-/5-/10-Steller/Sonderpositionen), Statistisches Bundesamt.



Literatur

- Bafin (2023): [Teure Schäden: Müssen Versicherer ihre Beiträge erhöhen und ihre Inflationsannahmen überarbeiten?](#) BaFin Journal. Frankfurt/M., 12. Dezember.
- Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2024): [Wirtschaftsflaute dauert an: Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2024/2025](#). IMK Report 192, September.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023a): [IMK Inflationsmonitor – Nahrungsmittelpreise dominieren infolge der Revision die Inflationsunterschiede im Januar 2023](#). IMK Policy Brief Nr. 146, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023b): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch](#). IMK Policy Brief 148, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023c): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten](#). IMK Policy Brief Nr. 150, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023d): [IMK Inflationsmonitor: Basiseffekte überlagern Abwärtstendenz der Inflation - Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im Juni 2023 sinken leicht](#). IMK Policy Brief Nr. 154, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation und Kerninflation setzen zaghafte Abwärtstrend fort – Inflationsunterschiede zwischen den Haushalten im Juli 2023 sinken auf einen Prozentpunkt](#). IMK Policy Brief Nr. 156, August.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023g): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 % - Tendenz sinkend](#). IMK Policy Brief Nr. 159, Oktober.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023h): [IMK Inflationsmonitor: Erdgas- und Strom trotz Preisbremsen im Oktober 2023 immens teurer als 2019 - Inflation weiter im Sinkflug](#). IMK Policy Brief Nr. 160, November.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation trotz noch stark steigender Nahrungsmittelpreise im November auf 3,2 % gefallen](#). IMK Policy Brief Nr. 162, Dezember.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024a): [IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt von 8,7 % auf 3,7 % im Verlauf von 2023](#). IMK Policy Brief Nr. 163, Januar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024b): [IMK Inflationsmonitor: Staatliche Maßnahmen verhindern noch stärkeren Rückgang der Inflation im Januar 2024](#). IMK Policy Brief Nr. 164, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024c): [IMK Inflationsmonitor: Inflation in Deutschland und im Euroraum nähern sich weiter der 2-Prozent-Marke – Zinssenkung überfällig](#). IMK Policy Brief 164, März.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024d): [IMK Inflationsmonitor: Inflation erreicht im März 2024 mit 2,2 % fast die Marke für Preisstabilität](#). IMK Policy Brief 166, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt wegen höherer Mehrwertsteuer auf Erdgas im April bei 2,2 % – Kernrate sinkt deutlich](#). IMK Policy Brief 169, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Mai 2024 mit 2,4 % leicht höher - Abschwächungsprozess hin zum Inflationsziel intakt](#). IMK Policy Brief 170, Juni.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024g): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juni 2024 mit 2,2 % wieder praktisch am Inflationsziel, VPI-Kernrate seit drei Monaten unter 3 %](#). IMK Policy Brief 172, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024h): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2024 mit 2,3 % leicht höher](#). IMK Policy Brief 174, August.

- Dullien, S. / Tober, S. (2024i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im August 2024 auf 1,9 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %](#). IMK Policy Brief 177, September.
- Eurostat (2018): [Harmonised Index of Consumer Prices \(HICP\)](#). Methodological Manual. Luxemburg, November.
- Statistisches Bundesamt (2023): [Hintergrundpapier zur Revision des Verbraucherpreisindex für Deutschland 2023](#). Wiesbaden, 22. Februar.
- Statistisches Bundesamt (2020a): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Konsumausgaben privater Haushalte 2018](#). Fachserie 15, Heft 5, 29. Mai 2020 (Seiten 31-34 und 97-144 korrigiert am 28. Oktober 2021), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2020b): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte](#). FS 15, H. 4, 23, April, Wiesbaden.
- Tober, S. (2022): [IMK Inflationsmonitor – Haushaltsspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation?](#) IMK Policy Brief Nr. 114, Januar.
- Tober, S. (2023): [IMK Inflationsmonitor – Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte sinkt trotz steigender Nahrungsmittelpreise leicht im Februar 2023](#). IMK Policy Brief 147, März.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau](#). IMK Policy Brief 178, Oktober.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland im Oktober 2024 bei 2 %, Nahrungsmittel 37,1 % teurer als vor fünf Jahren](#). IMK Policy Brief 182, November.
- Tober, S. (2024): [Inflation steigt im November 2024 auf 2,2 %, haushaltsspezifische Inflationsraten liegen nah beieinander](#). IMK Policy Brief 183, Dezember.
- Tober, S. (2025): [Inflation mit 2,2 % im Jahr 2024 sehr nah am Inflationsziel, Dynamik noch von Folgen der Preisschocks geprägt](#). IMK Policy Brief 184, Januar.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
